

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*auch wenn es schwer fällt: Mit dem Austritt des drittgrößten EU-Landes aus der Europäischen Union wird die EU künftig eine andere sein. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich die EU neu finden müssen. Auch wenn vieles noch nicht absehbar ist, so steht doch eines fest: Viele Menschen in Großbritannien haben sich bei ihrem Votum offensichtlich von Stimmungsmache leiten lassen.*

*Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und pflegt enge Beziehungen zu vielen europäischen Staaten. Für uns bedeutet das: In Zukunft werden wir leidenschaftlicher und klarer für europäische Werte wie Freiheit und Solidarität werben müssen; wir müssen uns stärker machen für die europäische Einigung und für die Europäische Union. Ob und gegebenenfalls welche konkreten Änderungen in der EU notwendig sind, muss in den kommenden Monaten sorgsam erörtert werden.*

*„Es gilt nun, das Beste aus der schwierigen Situation zu machen. Die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger brauchen vernünftige und klare Regelungen für die zukünftigen Beziehungen der europäischen Staaten und des Vereinigten Königreichs. Europa sollte den Austritt zum Anlass nehmen, Perspektiven für die Zukunft der Europäischen Union zu entwickeln und sich zu vergegenwärtigen, wie wichtig ein vereintes Europa ist. Nur gemeinsam können wir den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.*

*Der anstehende Brexit wird verschiedene Folgen auf Rheinland-Pfalz haben, wohl auch negative wirtschaftliche Effekte. Die SPD-Fraktion wird daher die Auswirkungen des Brexits im nächsten Plenum zum Thema machen. Überdies werden die Regierungsfractionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in der kommenden Woche eine gemeinsame Sondersitzung des Europa- und des Wirtschaftsausschusses zu den Folgen des Brexits für Rheinland-Pfalz beantragen.*

*Viele herzliche Grüße, eure Sabine*



## STIMMEN ZUM BREXIT

*Gabriel: Aufbruch, jetzt!*

*„Das ist nicht das Ende Europas, es ist auch nicht das Ende der Zusammenarbeit mit Großbritannien, aber es ist schon ein deutliches Signal, dass Europa seinen Kurs wieder stärker auf die Menschen zunehmen muss“, sagte Gabriel am Freitag in Berlin.*



**Oppermann: Weckruf für Europa**

Auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sieht in dem Votum einen „Weckruf“ für Europa. Die EU müsse sich nun auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die gemeinsame Sicherheitspolitik konzentrieren. „Wir müssen ein besseres Europa machen, das sich den Menschen zuwendet.“

**Steinmeier: Jetzt beieinander bleiben**

Enttäuscht über den Ausgang des Referendums zeigte sich ebenfalls Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). „Jetzt kommt es darauf an, dass wir beieinander bleiben und zeigen, dass wir die Kraft haben, diese Krise gemeinsam zu überwinden“, sagte Steinmeier. Er will sich noch am Freitag mit Ministern aus den EU-Gründerstaaten Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern treffen.

**Schulz: Wir müssen Europa verbessern**

Auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) nahm das britische Referendum mit Bedauern auf. „Beide Seiten sollten gegenseitig ihre unterschiedlichen Ansichten respektieren“, sagte er in Brüssel nach einem Krisentreffen mit den Fraktionschefs der europäischen Volksvertretung.

## FÜR EIN BESSERES EUROPA

Europa braucht einen Neustart. Ängstliches Stückwerk oder ein einfaches „Weiter so“ darf es nach dem #Brexit nicht geben, sagten Sigmar Gabriel und Martin Schulz. Notwendig sei eine mutige Politikwende. „Wir müssen Europa besser machen: demokratischer, sozialer, solidarischer und unbürokratischer“.

SO KÖNNTE EINE NEUGRÜNDUNG  
EUROPAS GELINGEN: EIN EUROPA  
DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER.  
WIR SOLLTEN DAMIT ANFANGEN -  
JETZT!

Sigmar Gabriel und Martin Schulz

#Brexit

Großbritannien hat sich für den Abschied von der Europäischen Union entschieden. Als Konsequenz fordern SPD-Chef Sigmar Gabriel und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz einen Neustart für die Europäische Union. In einem 10-Punkte-Papier legen sie dar, wie Europa sich wenden und wieder Kurs auf seine Menschen nehmen muss.

*Angstliches Stückwerk oder ein einfaches „Weiter so“ dürfe es nach dem britischen Referendum nicht geben, betonen beide SPD-Politiker. Es sei höchste Zeit für eine mutige Politikwende. Für ein besseres Europa. Ein Europa der Menschen. Und das heißt: Zuständigkeiten klarer regeln, viel mehr für Wachstum und Beschäftigung tun. Wohlstand schaffen. Die gemeinsamen Werte stark machen: Vielfalt, Toleranz, Gleichberechtigung.*

*Die zentrale Botschaften ihres 10-Punkte-Papiers "Europa neu gründen" lauten:*

- *Die SPD bekennt sich deutlich zum europäischen Projekt. Auch nach der britischen Abstimmung und ist und bleibt die SPD die Europapartei. Diejenigen, die suggerieren, man könne die zentralen Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, ohne ein europäisches Miteinander lösen, irren gewaltig.*
- *Europa braucht eine Politikwende. Ein "Weiter so" darf es nicht geben. Zu viel steht auf dem Spiel. Nach sieben Jahren Wachstums- und Beschäftigungskrise, die Europa auseinander getrieben hat, brauchen wir dringend eine wirtschaftspolitische Wende. Denn die ungelösten Aufgaben – massenhafte Jugendarbeitslosigkeit, kaum Wachstum, Schulden ohne Ausweg – entfremden die Menschen von Europa seit Jahren.*
- *Ein gerechtes Europa begeistert die Menschen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung müssen wir überall mit Leidenschaft bekämpfen. Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung müssen wir kompromisslos gegen die radikalen Rechten stark machen. Humanität in der Flüchtlingskrise müssen wir bewahren. Nur ein Europa, das seine Werte im Handeln zeigt, genießt Respekt.*
- *Europa muss sich auf die großen Themen konzentrieren. Wir müssen nach außen mit einer gemeinsamen Stimme sprechen, Fluchtursachen bekämpfen und ein europäisches Einwanderungsrecht schaffen. Im Inneren müssen wir mehr Gerechtigkeit und mehr Sicherheit schaffen und den Grundrechtsschutz auch im digitalen Zeitalter stärken.*
- *Ein anderes und ein besseres Europas ist möglich. Eine klarere Kompetenzverteilung hilft dabei, die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten von denen der EU abzugrenzen. Sie ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, den richtigen Adressaten für Probleme zu finden. Zukünftig muss klar sein, wer sich durch Nichthandeln schuldig macht, und auch, wem Erfolg von guter Politik zuzuschreiben ist.*

*Europa muss demokratischer und sozialer werden*

*Der Vizekanzler strebt einen Kurswechsel in der Bundesregierung an. Deutschland müsse mehr tun, nur durch Sparen alleine entstehe für die junge Generation Europas keine Arbeit. „Ich erwarte, dass als Konsequenz aus dem heutigen Tag auch in der Bundesregierung noch einmal neu debattiert wird, wie unsere Investitionen in die Zukunft Europas - gemeinsam mit anderen - die Lage der Menschen verbessern können“, betonte Gabriel. Es müsse mehr Impulse für Beschäftigung geben.*

*Das Brexit-Votum sei „ein Schuss vor den Bug“. Man dürfe jetzt nicht nur Jammern, sondern müsse nach vorne schauen. Ein Lichtblick sei, dass Dreiviertel der jungen Briten unter 25 Jahren Ja zu Europa gesagt hätten. Um die sollte man sich kümmern. „Wir dürfen nicht die Zugbrücken hochziehen“, sagte Gabriel.*

*Download 10-Punkt-Papier „Europa neu gründen“ von Sigmar Gabriel und Martin Schulz*

## UNWETTER IN RHEINLAND-PFALZ

Ministerpräsidentin Malu Dreyer, und der SPD-Landesvorsitzende und Innenminister Roger Lewentz haben sich über das erschreckende Ausmaß der jüngsten Unwetter in Stromberg im Hunsrück (Landkreis Bad Kreuznach) und im Rhein-Hunsrück-Kreis informiert. „Die Gewalt der Unwetter und ihre dramatischen Folgen für die Menschen vor Ort machen mehr als betroffen“, sagte Ministerpräsidentin Dreyer. „Der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer, der Rettungs- und Hilfsdienste und vor allem auch im Rahmen der Nachbarschaftshilfe ist ein erfreulicher Lichtblick in der bedrückenden Situation aller Betroffenen“, betonten Dreyer und Lewentz.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer kündigte nach Gesprächen in der Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises in Simmern an, dass sich der Ministerrat in der kommenden Woche erneut mit den Folgen der Unwetter beschäftigen werde. In dieser Woche hat sich das Kabinett mit den inzwischen über Wochen anhaltenden Unwettern befasst und beschlossen, den von Unwetter-schäden betroffenen Menschen in Rheinland-Pfalz mit einem ganzen Paket von Maßnahmen zu helfen. „Die Hilfe reicht von der Elementarschadenshilfe bis zu steuerlichen Erleichterungen“, so Ministerpräsidentin Dreyer. Unter anderem beschloß der Ministerrat, 500.000 Euro Finanzhilfe zur Schadensbeseitigung infolge der Unwetter und Starkregenereignisse seit dem 27. Mai zur Verfügung zu stellen. „Die Mittel stehen in einem Topf zur Verfügung, aus dem eine Unterstützung zur Beseitigung so genannter Elementarschäden gewährt werden kann“, erläuterte Lewentz.

Diese Finanzhilfen können nur nach existenzgefährdenden Schäden bei land- und forstwirtschaftlichen sowie gewerblichen Betrieben und Privatgeschädigten gewährt werden, die durch ein Elementarereignis von überörtlicher Bedeutung bei einem größeren Personenkreis eingetreten sind. Dabei handelt es sich um Billigkeitsmaßnahmen, auf deren Gewährung kein Rechtsanspruch besteht. Hilfen für die Betroffenen sind auch in Form von steuerlichen Entlastungen möglich.

Auf der Umweltministerkonferenz in der vergangenen Woche haben die Länder auf Initiative von Rheinland-Pfalz die Einführung einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden gefordert.

## Programm für die Bundestagswahl 2017

Die SPD erarbeitet das Programm für die Bundestagswahl 2017 und diskutiert die Eckpunkte auf vier Programmkonferenzen im Sommer. Den Anfang machte die Programmkonferenz Arbeit mit Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft, Katarina Barley, Andrea Nahles und vielen anderen am vergangenen Samstag in Bonn.



„Wir sind die Partei der Arbeit. Und wir brauchen einen Aufbruch für unser Land und für Europa“, machte SPD-Chef Sigmar Gabriel zum Auftakt der SPD-Programmkonferenz Arbeit deutlich. Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Die SPD will, dass alle im Land davon profitieren – nicht nur wenige.

Globalisierung. Digitalisierung. Neue Märkte. Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Wir wollen, dass alle im Land davon profitieren – nicht nur wenige. Welche Weichen müssen dafür gestellt werden? Darüber haben fast 500 Bürgerinnen und Bürger am Samstag in Bonn mit Spitzenpolitikern der SPD diskutiert - erste Schritte auf dem Weg zum Wahlprogramm für 2017.

Viele weitere Infos findet ihr auf der Internetseite der SPD.